**Zeitschrift:** Jurablätter : Monatsschrift für Heimat- und Volkskunde
**Band:** 29 (1967)
**Heft:** 3-4

**Artikel:** Zukunftsaufgaben im Kanton Solothurn
**Autor:** Ritschard, Willy
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-861324

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 11.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Zukunftsaufgaben im Kanton Solothurn

Von WILLY RITSCHARD

## 1. *Die zukünftige Entwicklung des Kantons*

### a) Bevölkerungsprognosen

Die Prognostiker rechnen bekanntlich damit, dass die Schweiz um das Jahr 2030 oder 2040 herum rund 10 Mio Einwohner zählen werde. Auf Grund dieser Prognosen wird angenommen, dass der Kanton Solothurn zu einem Zeitpunkt, in dem die heutige Schülergeneration immer noch im aktiven Leben steht, eine Bevölkerung von über einer halben Mio Seelen aufweise. Auf den Karten der Landesplaner zeichnet sich die berühmte Mittelland-Grosstadt ab. Sie belegt das Gelände von Basel längs des Rheins bis Schaffhausen—Winterthur—Zug—Luzern—Solothurn und Biel. Die zukünftige Einwohnerzahl dieses Gebietes wurde mit 5 Mio errechnet. Auf einem der rund 5000 Quadratkilometer dieses Gebietes werden 1000 Einwohner Platz haben müssen. Das ist eine Besiedlungsdichte, wie wir sie heute im Ruhrgebiet antreffen. Der Kanton Solothurn mit seinen 790 Quadratkilometern hat heute eine Bevölkerungsdichte von 360 Einwohner. In 50—60 Jahren werden wir also drei Mal näher zusammenrücken müssen.

Man ist gerne versucht, diese Annahmen in das Reich der Fantasie zu verweisen. Aber man wird sich darüber Rechenschaft geben müssen, dass hinter diesen Zahlen die seriöse Arbeit von Wissenschaftern steht, deren Wille es keinesweges ist, uns aus unserer Ruhe aufzuschrecken. Man verfällt in diesen Dingen sehr gerne in ein Wunschdenken mit dem Troste, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Aber wenn uns jemand im Jahre 1946 gesagt hätte, dass in knapp 20 Jahren unsere Staatsausgaben von 34 auf 180 Mio Franken, die Zahl der Ausländer von 1400 auf 22 000 und die Motorfahrzeuge von 3400 Einheiten auf 45 000 angestiegen sein werden, hätte man ihm vermutlich auch psychiatrische Behandlung empfohlen. Heute sind diese Zahlen Tatsachen.

### b) Die technischen Aufgaben

Aus den Prognosen der Planer ergeben sich die gewaltigen, technischen Aufgaben für die öffentliche Hand für den Ausbau der Infrastruktur. Man denke an die Schul-, die Spital-, die Strassenbauten, an die Versorgung dieser zunehmenden Bevölkerung mit Wasser, Strom und Dienstleistungen, aber auch an die verwaltungsmässigen Aufgaben, die sich in der Betreuung dieser zukünftigen Einwohner stellen. Für die Gemeinden und den Kanton entstehen

hier konkrete Probleme, deren finanzielle Tragweite kaum abzuschätzen ist. Den einzigen Schluss, den der Politiker hier zu ziehen hat, ist der, dass diese Aufgaben im Blick auf das, was auf uns zukommt, grosszügig gelöst werden müssen.

Ich brauche das Wort «grosszügig», weil ich damit ganz bewusst einer sich verbreitenden Kleinlichkeit entgegentreten möchte, die man immer wieder antrifft, wenn Staat und Gemeinden ihre Bauvorhaben dem Volke zum Entscheid vorlegen müssen. Da wird mit dem Rechenschieber und immer im Blick auf die Vergangenheit und vor allem auf die Finanzen nachgerechnet, ob nicht ein Schulzimmer weniger es wohl auch täte. Geplante Büros und andere Einrichtungen werden als überdimensioniert verschrieen und mit einem drei Mal unterstrichenen Nein wird den Behörden an der Urne eine Lektion über das Sparen beizubringen versucht. Und hinterher dann, wenn sich sehr bald das neu Geschaffene als zu eng erweist, wird über die gleichen Behörden vom Appenzellerrecht Gebrauch gemacht, weil sie es an der nötigen Voraussicht haben mangeln lassen.

Kleinlichkeit hat mit Sparen nichts zu tun. Im Gegenteil. Mangelnde Grosszügigkeit erweist sich vielfach sogar als teurer, wobei — das ist auch zu sagen — zwischen grosszügigem Planen und perfektionierter Ausführung ein klarer Unterschied zu machen ist.

Doch nach 20 Jahren starken wirtschaftlichen Aufschwungs, nach einer Periode, in der die Bevölkerung unseres Landes um 1,2 Mio und die unseres Kantons um 60 000 Seelen oder um fast einen Drittel zugenommen haben, wo jeder 5. Einwohner ein Auto besitzt, und der Wohlstand gemessen am Volkseinkommen sich verfünffacht hat, da sind auch die Anforderungen an die öffentliche Hand gewachsen. *Es sind Gemeinschaftsaufgaben entstanden, die nur der Bund, die Kantone und die Gemeinden lösen können.* Damit, dass man diese öffentlichen Körperschaften — den Staat — dauernd in Misskredit zu bringen versucht, ihn als unersättlichen, geldfressenden Moloch und Schmarotzer am eigenen Portemonnaie darstellt und seine Funktionäre in den Augen der Öffentlichkeit mit der zopfigen Perücke des Bürokraten und dem Amtsschimmel personifiziert, ist kein einziges Problem gelöst.

Man wird sich allerdings auch von der Vorstellung lösen müssen, dass sich alle die drängenden technischen Aufgaben vom Gewässerschutz bis zum Bau der nötigen Schulhäuser über Nacht verwirklichen lassen. Abgesehen von den umfassenden Studien, die dabei unerlässlich sind, kostet der Ausbau dieser Infrastruktur gewaltige Summen Geldes. Alles auf einmal machen zu wollen, würde neben einem grossen Schuldenberg auch zu wirklich drückenden Steuerlasten führen und darüber hinaus unsere ganze Volkswirtschaft aus dem Gleich-

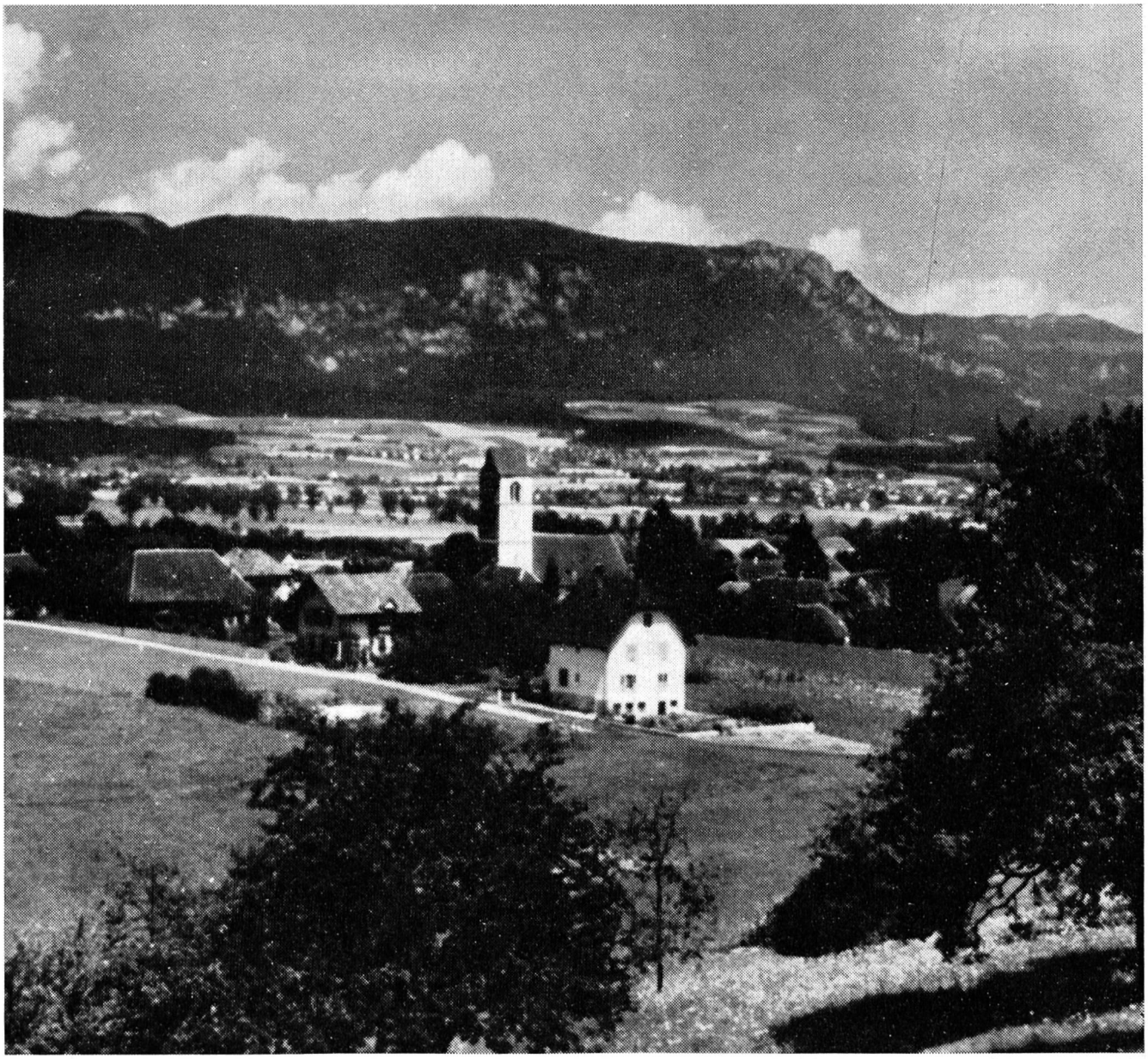
gewicht bringen. Aber man wird sich wohl oder übel damit abfinden müssen, dass langfristig gesehen der Anteil der öffentlichen Haushalte am Sozialprodukt ansteigen wird. Die private Wirtschaft muss einsehen, dass ihr eigenes Wachstum zu einem guten Teil auch von der Lösung der Gemeinschaftsaufgaben durch den Staat und die Gemeinden abhängig ist. Genauso, wie zu einem Haus ein Zufahrtsweg gehört, bedarf ein Volk der durch die öffentliche Hand betriebenen Einrichtungen. Sie gehören zu unserer Volkswirtschaft, wie die Kantine und der Veloständer zu einem grösseren Betrieb gehören. Und in einer Referendums-Demokratie wie wir sie haben, in der die Finanzkompetenzen der Behörden kaum weiter reichen als die Schlüsselgewalt eines Pantoffelhelden, kann der Staat nichts oder herzlich wenig tun, wenn es nicht vorher durch den Stimmbürger an der Urne oder an der Gemeindeversammlung gutgeheissen wurde. Da hat es wirklich wenig Sinn, hinterher über diesen Staat und seine Ausgaben herzufallen, wenn er die ihm übertragenen Aufgaben vollzieht und ihre Bezahlung vom Steuerzahler fordern muss.

## 2. *Die wirtschaftliche Entwicklung*

Wie sieht nun die wirtschaftliche Zukunft unseres Kantons aus? Ich habe bereits den Hinweis auf die im Entstehen begriffene mittelländische Bandstadt gemacht. Er zeigt, dass wir noch einiges an Veränderungen in der nächsten Zeit vor uns haben. Der Gedanke drängt sich auf, ob und welche politischen Massnahmen hier angemessen sind.

Unser Kanton ist bereits ausserordentlich stark industrialisiert. Gemessen an der Zahl der Fabrikarbeiter im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung stehen wir mit 21 % sogar an der Spitze aller Kantone. Unsere Landwirtschaft geht stark zurück. Von den 8000 Bauernbetrieben im Jahre 1929 bestehen heute noch 3200. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat seit der Jahrhundertwende mit dem allgemeinen Zuwachs nicht nur nicht Schritt gehalten. Sie ist auch absolut um 5000 Personen zurückgegangen. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen ist von 27 % im Jahre 1900 auf weniger als 8 % abgesunken, und von unserer Gesamtbevölkerung sind noch 3,5 % mit der Urproduktion direkt verbunden. Im Durchschnitt wird im Kanton an jedem zweiten Tag ein Bauernhof aufgegeben.

Dagegen hat die Zahl der Arbeitnehmer in Industrie und Handwerk progressiv zugenommen. Innert 60 Jahren hat sie sich verdreifacht. Im Kanton Solothurn stehen in 83 Gemeinden 560 Fabrikbetriebe. Wir benötigen für unsere gewerbliche und industrielle Wirtschaft 20 000 ausländische Arbeitskräfte. Rund 10 000 Menschen aus andern Kantonen verdienen ihr Brot in solothurnischen Betrieben.



Schönheit des Solothurner Landes (Lüsslingen gegen Aaretal und Jura).

### a) Bremsung der wirtschaftlichen Entwicklung?

Im Blick auf diese Zahlen müsste man zum Schluss kommen, dass eigentlich dem solothurnischen Pioniergeist auf dem Gebiete der Wirtschaft Einhalt zu gebieten wäre. Aber es ist weder möglich, noch wäre es sinnvoll, hier in die Räder greifen zu wollen. Nirgends wie in der wirtschaftlichen Entwicklung kann man mit Heraklit feststellen, dass «alles fliesst». Die Umschichtungen, Konzentrationen und Neuerungen vollziehen sich hier in einem Tempo, dem

kaum jemand zu folgen vermag. Wir horchen höchstens auf, wenn, wie im Verlaufe dieses Jahres, plötzlich ein alteingesessener Betrieb seine Tore schliessen muss, weil er von der Entwicklung einfach überfahren wurde.

Diesem Prozess in die Arme fallen zu wollen, würde voraussetzen, dass man auf der Leiter des steigenden Wohlstandes verbleiben, wenn nicht hinuntersteigen möchte. Dazu besteht für uns kein Anlass. Die etwas umstrittenen Berechnungen der kantonalen Volkseinkommen durch Herrn Dr. Rosen in Basel zeigen bereits, dass sich die Kurve des solothurnischen Wohlstandes, die seit Kriegsende recht steil angestiegen ist, geknickt hat. Wir werden zwar nicht ärmer, aber wir werden etwas langsamer reich als andere, was oft ganz heilsam sein kann. Die Gründe für diese unterdurchschnittliche Entwicklung sind keineswegs besorgniserregend. Sie liegen darin, dass einzelne, sich unterentwickelt fühlende Kantone unseres Landes sich in den letzten Jahren kräftig um eine vermehrte Industrialisierung bemüht haben. Und weil auf der Suche nach neuen Industriestandorten heute neben dem Boden besonders auch die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte von grosser Bedeutung sind, hatten sie auch Erfolg. Daraus sind die nun überdurchschnittlich stark ansteigenden Volkseinkommenskurven der Kantone Freiburg, Wallis und St. Gallen zu erklären. Neid wäre hier wohl fehl am Platze.

### b) Neue Industriezentren

Der Kanton Solothurn wird von der Industrialisierung aber nicht übergangen. Wir wissen, wie die Schaffung des Eisenbahnknotenpunktes Olten in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zu einer starken wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region geführt hat. Etwas ähnliches bahnt sich nun etwas weiter westlich, *im Gäu,* an. Hier entsteht der Schnittpunkt der grossen schweizerischen Autobahnen aus allen vier Himmelsrichtungen. Erfahrungen, die in andern Ländern gemacht worden sind, zeigen, dass solche Anschlusspunkte sofort neue Betriebe anzuziehen vermögen. Der Ankauf von Industrieland im Gäu hat auch schon vor einiger Zeit eingesetzt.

Neben dem Autobahnkreuz im Gäu ist ein Grossgüterbahnhof im Niederamt im Entstehen begriffen, für den die SBB eifrig daran sind, das nötige Terrain aufzukaufen. Mit seinem Bau wird nach 1970 begonnen.

In einem Vortrag am freisinnigen Parteitag im September 1964 hat Herr Ing. Frey aus Olten berechnet, dass um die Mitte des nächsten Jahrhunderts im Raume Schönenwerd—Oensingen 300 000 Menschen wohnen werden. Bei der Volkszählung 1960 zählten die Bezirke Gäu und das Niederamt 70 000 Seelen. In weniger als 100 Jahren sollen sie sich also nach der Schätzung der Planer vervierfacht haben.

Wir können diese Entwicklung kaum aufhalten. Es wäre auch zu gefährlich. Die Gruppierung Europas in grosse Wirtschaftsgemeinschaften, in denen die gegenseitigen Zölle beseitigt und um die herum höhere Zollmauern aufgebaut werden, führen zu neuen Handelsströmen und zu einer Neustrukturierung der nationalen Volkswirtschaft. Die Auswirkungen dieses Prozesses strahlen in die letzten Verästelungen der Produktion aus und sie stellen besonders unsere traditionellen, solothurnischen Exportbetriebe vor gewaltige Probleme. Manches Altgewohnte wird hier untergehen und es muss anderes an seine Stelle treten. Nirgends wie in der Wirtschaft gilt die Erkenntnis mehr, dass Stillstand Rückschritt bedeutet.

### c) Notwendigkeit der Planung

Für unsern Kanton ist es aber von grösster Bedeutung, dass durch eine wirksame Orts- und Regionalplanung diese kommende Welle einer neuen Industrialisierung unter Kontrolle gebracht wird. Das gilt nicht nur für das Gäu und das Niederamt, wo das Problem allerdings von höchster Dringlichkeit ist. Es gilt für den ganzen Kanton.

Diese Planung hat nicht den Sinn, den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess in irgend einer Weise zu lenken. Dazu fehlen dem Bund und den Kantonen die rechtlichen Voraussetzungen. Aber die Planung muss verhindern, dass der kostbare Boden unzweckmässig ausgenützt wird, und dass unsere dörflichen Siedlungen ihren Charakter verlieren. Wir müssen alles tun, dass unserem Kanton die heute noch recht glückliche Siedlungsstruktur erhalten bleibt. Damit komme ich zum Themenkreis, wo sich die wirtschaftspolitischen und planerischen Notwendigkeiten mit meinen staatspolitischen Überlegungen verzahnen.

Bevor ich darauf eintrete, möchte ich jedoch beifügen, dass unser Bau-Departement und sein Planungsbüro grosse Anstrengungen unternehmen, um die Gemeinden und die Regionen zum Erlass von Zonenordnungen zu bewegen. Für den untern und den obern Kantonsteil bestehen Regionalplanungsgruppen, die ihre Berichte auch bereits veröffentlicht und auf Lösungen hingewiesen haben. Von den 131 Gemeinden haben allerdings erst 40 eine Zonenordnung und bei weitern 16 ist sie in Vorbereitung. In diesen Zonenordnungen wird das Gemeindegebiet in Wohn-, Landwirtschafts-, Grün- und Industriezonen aufgeteilt, und sie haben auch das Ziel, zu verhindern, dass die Gemeinden zusammenwachsen können. Die Ortsplanung will der ziellosen, sporadischen Überbauung eines Dorfes einen Damm entgegensetzen.

Leider fehlt aber immer noch das durch den Bund zu erlassende Bodenrecht, das die Einhaltung dieser Planungen wirksam garantiert. Die Erkenntnis ist zwar am Reifen, dass das Individualinteresse dort seine Grenzen finden muss,

wo das Gemeinwohl anfängt. Aber bejaht wird dieses Gemeinwohl im allgemeinen nur als Grundsatz und auch das nur so lange, als es den lieben Mitmenschen trifft und nicht etwa das persönliche Opfer fordert.

### *3. Staatspolitische Überlegungen*

Ich habe gesagt, dass unser Kanton heute noch eine in mancher Beziehung glückliche Siedlungsstruktur aufweist und muss näher erklären, warum ich aus staatspolitischen Überlegungen heraus ihre Erhaltung anstrebe.

Ich glaube daran, dass sich der schweizerische Volkscharakter am besten in der überblickbaren Siedlungsgemeinschaft erhalten lässt. Dieser Volkscharakter wird durch die Welt, in der wir leben, mitbestimmt. Einen entscheidenden Einfluss hat darauf besonders auch die berufliche Tätigkeit. Aus dem Volk der Hirten sind wir eine Gesellschaft geworden, die das frühere «Rufst Du mein Vaterland» als unpassend empfindet und keine Beziehung mehr zu diesen pathetischen Versen finden kann. — Wie geht das weiter?

#### a) Die Gefahr der Vermassung

Mehr und mehr wird der Schweizer sein Brot in grossen, durchrationalisierten Betrieben verdienen. Der aufgeschlossene Industrielle hat es zwar erkannt, dass der Arbeiter seine Seele nicht in der Garderobe abgibt. Human relation ist in den meisten Betrieben durchaus kein importiertes Schlagwort mehr. Alle Bemühungen in dieser Richtung können vielleicht verhindern, dass der einzelne Mensch im «Betrieb von atemberaubender Kompliziertheit» zur Bedeutungslosigkeit absinkt. Aber dieser Einzelmensch wird trotzdem immer wie kleiner. Er verliert die Beziehung zum Produkt, das er herstellt. Er ist der seelenlosen Maschine untergeordnet. Vom Subjekt wird er zum Objekt. Das nagt an seiner Persönlichkeit.

Und wenn er dann im *Massen*verkehr noch nach Hause kommt, in die *Massen*siedlung, in den grossen Wohnblock, in dem er kaum seinen Etagennachbar kennt, wo ihm alles, von der Benutzung der Waschmaschine bis zum Lichterlöschen im Treppenhaus vorgeschrieben ist, in eine Grosstadt, mit deren Behörden er höchstens über den Steuerzettel und die periodischen Einzahlungsscheine in Kontakt kommt, wo er langsam nur noch das Loch in der Lochkarte ist, von diesem Menschen ergreift die Vermassung Besitz. Er verliert seine Beziehung zu den öffentlichen Einrichtungen. Die Stimmbeteiligungen sind ein Hinweis dafür.

Dieser Mann kann kaum noch viel Verständnis für unsern föderalistischen Staatsaufbau aufbringen. Ob eine ihm völlig unbekannte, grosstädtische oder

kantonale Administration die Gesetze ins Haus schickt, oder ob sie direkt von Bern oder gar von einer übernationalen Macht kommen, der Unterschied ist ebenso klein wie sein Einfluss darauf.

### b) Vorteile der dörflichen Siedlung

Für Aristoteles hatte die Polis mit einigen zehntausend Seelen die ideale Grösse und bekanntlich hat auch Rousseau ähnliche Auffassungen vertreten. Der antike, auch der mittelalterliche Mensch empfand seine Staatsform nur dann als ideal, wenn er selber an den Volksversammlungen mitreden und mitbestimmen konnte. Er wollte die Verhältnisse, in denen er mitbestimmte und wählte, überblicken.

Meinen Ruf nach der Erhaltung überblickbarer Gemeinden und Städte begründe ich aber weniger mit der ältern als mit der jüngern Geschichte, in der immer wieder die Vermassung der Menschen zu Diktaturen führte, die unsern Planeten mit dem Zweiten Weltkrieg in das grösste Unglück geführt haben.

In der überblickbaren dörflichen und kleinstädtischen Gemeinschaft kann keine Vermassung entstehen. Hier gibt es Vereine und Gruppen. Das politische Leben ist mittelbar und der Einzelne hat darauf, wenn er will, einen Einfluss. Er hat ihn nicht nur über den Stimmzettel, sondern durch die direkte Teilnahme an der Meinungsbildung, und sei es auch nur beim Abendschoppen. Er kann sich ein Urteil über das öffentliche Geschehen bilden. Er kann Wurzeln schlagen und der Vermassung entgehen. Der Volkscharakter bleibt erhalten und Diktatoren haben hier meistens ein kurzes Leben.

### c) Die solothurnische Siedlungsstruktur

Der Kanton Solothurn besitzt trotz seiner starken Industrialisierung noch eine glückliche Siedlungsstruktur. Wir haben 3 Städte, in denen man sich noch kennt und sich keiner verloren vorkommen muss. Nur 10 Gemeinden haben mehr als 3000 Einwohner. Und die restlichen 119 Gemeinden sind Dörfer, in 84 von ihnen leben weniger als 1000 Seelen. Hier wird noch ein Dorf- und auch ein kantonaler Geist gelebt und vererbt. Es besteht eine Selbstkontrolle. Es ist noch eine Gemeinschaft möglich.

Ich halte es aus staatspolitischen Gründen für eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit, uns trotz der auf uns zukommenden Industrialisierungswelle diese Siedlungsstruktur zu erhalten. Es müssen die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen geschaffen werden, die es durch die Ausscheidung von unüberbaubaren Grünzonen verhindern, dass unsere Dörfer zusammenwachsen. Ich bin auch ein Gegner von Eingemeindungen, mögen sie vom rationalen Standpunkt aus als noch so notwendig erscheinen.

Dörfliche Geschlossenheit (Meltingen)

Wir müssen auch dafür sorgen, dass sich unsere Dörfer, die keine Industrien beherbergen, sich nicht mehr und mehr entleeren. Von unsern 131 Gemeinden hatten 31 bei der Volkszählung 1960 weniger Einwohner als 1850. Und in weitern 10 Gemeinden hat sich die Einwohnerzahl in den letzten 110 Jahren um weniger als 10 % erhöht, während die Bevölkerung im ganzen Kanton in der gleichen Zeit um 300 % zugenommen hat.

Aus einem Viertel unserer solothurnischen Gemeinden — das zeigen diese Zahlen — entflieht die Jugend und zieht in die Industrieorte. Dieser Trend kann sich noch weiter verstärken, denn 29 000 Personen wohnen in unserem Kanton nicht an ihrem Arbeitsort. Sie sind Pendler und in vielen von ihnen kann eines Tages der Wunsch nach der Nähe des Arbeitsplatzes auch stärker werden als ihre Zugehörigkeit zu einer überblickbaren Dorfgemeinschaft.

### d) Mittel gegen die Auswanderung

Es gibt Möglichkeiten, diesem Auszug aus den Dörfern entgegen zu wirken. Eines von ihnen ist die Schaffung und die Erhaltung guter Verkehrsmöglichkeiten. Einige Industrien unseres Kantons leisten hier mit ihren Autokursen, mit denen sie ihre Arbeitnehmer in ländlichen Gebieten täglich abholen, ausgezeichnete Dienste. Wichtig sind dabei auch die viel verlästerten, defizitären

Nebenbahnen, denen man nun unter dem Motto «Kampf gegen die Subventionitis» das Lebenslicht ausblasen will. Auch sie brauchen wir, wenn wir dem Zug in die Industriezentren entgegenwirken wollen.

Und es braucht etwas Weiteres, das ich für ausserordentlich dringend halte, wenn wir unsere Siedlungsstruktur erhalten wollen. *Wir müssen den Finanzausgleich stärker ausbauen.* In vielen, besonders in kleinen Gemeinden müssen den wenigen Einwohnern drückende Steuerlasten aufgebürdet werden, um die öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Wir müssen durch ein neues Steuergesetz hier so rasch als möglich einen wirksamen Ausgleich schaffen.

Mit der Verstärkung des Finanzausgleichs unter den Gemeinden verhindern wir gleichzeitig, dass jedes Dorf nach Industrien ruft. Es gehört mit zur Orts- und Regionalplanung, dass es auch noch Gebiete gibt, in denen keine Schlote rauchen. Wir müssen Erholungsgebiete schaffen. Der Jura und seine Täler, der Bucheggberg und andere Landschaften müssen industriefrei erhalten werden. Das setzt voraus, dass wir ihnen Lasten abnehmen und dass diese Gemeinden nicht mit hohen Steuern ihre wenigen Leute in die Städte treiben.

### e) Gefahren für die Gemeindeautonomie

Bei der Gestaltung des Finanzausgleichs unter den Gemeinden und bei der Gewährung von Beiträgen durch den Kanton wird man aber ständig die staatspolitischen Belange sehr gut im Auge behalten müssen. Die Schweiz wird jetzt schon halbwegs mit Subventionen regiert. An jede Subvention, die der Staat gewährt, muss er Bedingungen knüpfen. Er muss darauf achten, dass sie zweckentsprechend verwendet werden, und dass das Prinzip der Rechtsgleichheit gewährt bleibt. So wird die Gemeindeautonomie ausgehöhlt und die Gemeinden werden zu Verwaltungsbezirken degradiert. Bereits waren Stimmen zu hören, die nach der Vorfabrikation und der Uniformierung der Schulhausbauten riefen, um kantonale Subventionen einsparen zu können. Hier auf die Stimme der sogenannten Vernunft zu hören, würde recht bald dazu führen, dass sich die Schulhäuser von Dorf zu Dorf wie ein Ei dem andern gleichen. Dabei prägt das Schulhaus zusammen mit der Kirche den Charakter eines Dorfes. Gerade mit dem Bau solcher Gemeinschaftswerke, die Generationen überdauern, muss die dörfliche Gesinnung zum Ausdruck kommen. Nur dann entsteht aus der Vielfalt die lebendige Einheit und nicht, wenn sie von oben über den Subventionenstrom dirigiert werden.

Leider sehen heute allzu viele Gemeindevertreter ihren Hauptzweck darin, dem Kanton Aufgaben abzuschieben und von ihm an alles mögliche Beiträge zu erhalten. Sie haben noch nicht erkannt, dass sie damit an der Gemeindeautonomie und am föderalistischen Aufbau unseres Landes zum Totengräber werden.

### f) Aufgaben für die Bürgergemeinden

Eine staatspolitische Aufgabe scheint mir auch den in unserem Kanton noch bestehenden Bürgergemeinden zu erwachsen. In einigen andern Kantonen hat man sie abgeschafft, weil man ihren Weiterbestand als überflüssig ansah. Das war wohl auch nur deshalb möglich, weil hier diese Gemeinwesen ihren Lebenswillen verloren hatten und in unserer Zeit keine Aufgabe mehr sehen wollten.

Im Kanton Solothurn wohnen noch 48 000 Bürger in ihrer Heimatgemeinde. Noch jeder vierte Einwohner hat also eine direkte Beziehung zu seiner Bürgergemeinde. In 82 Gemeinden des Kantons bilden die Bürger eine Minderheit. Die Mehrheit der Bevölkerung betrachtet hier den Anspruch auf einen Bürgernutzen als ein überholtes Vorrecht der Geburt. Wenn einmal — ich hoffe der Zeitpunkt ist nicht mehr so weit — die Armut ausgerottet ist, und die Bürgergemeinden von Armenausgaben durch die Sozialversicherung ganz entlastet sind, stehen diesem Vorrecht der Geburt fast keine Verpflichtungen mehr gegenüber. Der Schritt zur Beseitigung der Bürgergemeinden kann dann von vielen Leuten, wie die Entmachtung der Patrizier im letzten Jahrhundert, als eine befreiende Tat empfunden werden.

Ich möchte aus staatspolitischen und auch aus andern Gründen die Bürgergemeinden erhalten. Sie zwingen einen Kreis von Mitbürgern zu aktiver Mitarbeit auf einer wichtigen Stufe unseres staatlichen Aufbaues. Und der Wert der Demokratie steigt mit jedem Bürger, der an ihr aktiven Anteil nimmt. Dann halte ich die Bürgergemeinden für die besten Hüter unserer Wälder, die zur Erhaltung unseres Landschaftsbildes, unseres Wasserhaushaltes, als Luftfilter, und als Erholungsgebiet eine lebenswichtigere Funktion mehr als denn je zu erfüllen haben. Der Bürger ist im allgemeinen ein etwas zurückhaltender, vorsichtiger, in seiner Grundhaltung eher konservativer Mann. Bei ihm ist der Wald in guten Händen und er spürt besser als der vom Fortschrittsgeist Besessene, dass jede Antastung seines Bestandes eine Wunde schlägt.

Die Erhaltung des Waldes und die Wahrung seines Bestandes kann aber auf die Dauer keine erschöpfende Aufgabe für ein Gemeinwesen sein. Diese könnte auch die Einwohnergemeinde oder der Staat erfüllen. Deshalb muss der Aufgabenkreis der Bürgergemeinde erweitert und er muss in den Dienst der zeitbedingten Notwendigkeit gestellt werden. *Wer wäre besser in der Lage, als ein aufgeschlossener Kreis von Gemeindebürgern, die Wohngemeinde zur Heimat aller Einwohner zu machen?* Sie können den Dorfgeist pflegen, das Zusammengehörigkeitsgefühl vertiefen und mit allerlei Veranstaltungen mithelfen, die wichtige Zelle der Gemeinde lebendig zu erhalten. Das hat nichts mit Kirchturmpolitik zu tun. Es ist ein wichtiger Stein in der Erhaltung schweizerischer Eigenart, wenn dem einzelnen, von der Entwurzelung bedrohten

Menschen seine Gemeinde ein Hort ist, wenn er sich mit ihr verbunden fühlt und sie als seine wirkliche Heimat betrachtet. Die Bürgergemeinden müssen sich über den Weg zu dieser grossen, kulturellen Aufgabe Gedanken machen und unter Beweis stellen, dass ihre Existenz nicht überflüssig geworden ist.

Ich halte es, um damit das Kapitel über die staatspolitischen Perspektiven abzuschliessen, für notwendig, dass wir alles tun, auch in der langsam auf uns zukommenden neuen Industrialisierungswelle, unsere heute noch in mancher Beziehung glückliche Siedlungsstruktur zu erhalten, aus unsern Dörfern lebendige Gemeinschaften zu machen, weil unser föderalistisch aufgebauter Staat nur gesund sein kann, wenn seine Bausteine, die Gemeinden, der Verwitterung standhalten. Überblickbare Gemeinschaften sind der beste Nährboden für die demokratische Grundhaltung und in ihnen können wir den modernen Industriemenschen vor der völligen Entwurzelung bewahren.

## 4. *Die Kulturpolitik*

### a) Die Schulen

In der Kulturpolitik eines Staatswesens stehen die Schulen an erster Stelle. Hier wird nach dem Elternhaus der Grundstein für die zukünftige Fortentwicklung des Bürgers gelegt. Gewiss stehen die Schulen auch im Dienste der Wirtschaft eines Landes. Sie müssen das elementare Wissen vermitteln, das für den spätern Beruf notwendig ist. Wie mehr sich aber die wirtschaftliche Tätigkeit spezialisiert und wie weniger es möglich wird, einen Universalmenschen zu schaffen, desto wichtiger wird es, dass wir der Schule ein humanistisches Ziel setzen. Wir müssen hier den ganzen Menschen und nicht allein den zukünftigen Berufsmann, Techniker oder Ingenieur ausbilden. Das Wirtschaften ist kein Selbstzweck. In seinem Mittelpunkt muss der Mensch stehen. Und dieser Mensch muss nach dem Feierabend seine Umwelt verstehen, sonst wird der ganze technische Fortschritt ad absurdum geführt. Es gibt tausende von Definitionen, was unter Bildung zu verstehen sei. Viele sprechen von Bildung, und wenn man genau hinhört, merkt man, dass sie Ausbildung meinen. Bildung ist aber Formung des Menschen selbst, die Entfaltung dessen, was in ihm an geistiger und seelischer Möglichkeit angelegt ist, zur reinen Harmonie seiner schöpferischen Kräfte. Mit Pestalozzi glaube ich, dass es nicht Hauptzweck der Schule sein kann, den Menschen für die Gewinnung des täglichen Brotes zu ertüchtigen, sondern dass der durch die Zeit entartete Mensch sich hier selber wieder finden muss.

Von dieser Erkenntnis aus glaube ich, dass wir die Lehrpläne aller Stufen ständig neu überprüfen und entschlacken müssen, damit wir nicht schon auf

der Stufe der kantonalen Schulen den Spezialisten und den Wirtschaftsmenschen ausbilden. Das ist ebenso gefährlich, wie in der Lehrerbildung nur den Lehrer zu schaffen, ohne zu beachten, dass dieser Lehrer später in eine Umwelt versetzt wird, die nicht nur aus Schulproblemen besteht.

### b) Schulen und Beruf

Wir wissen, dass die moderne Wirtschaft auf den unqualifizierten Arbeiter mehr und mehr verzichten kann, weil Maschinen seine Arbeit besorgen. Die Berufsberatung, die Erhaltung genügender und guter Lehrstellen und der ständige Ausbau des beruflichen Bildungswesens ist hier von grösster Bedeutung.

Die Zukunft wird auf diesem Gebiet wohl mehr und mehr der Lehrwerkstatt gehören. Der Kampf um den Lehrling, den Industrie und Gewerbe jeweils vor Ende des Schuljahres führen, zeigt, dass die Wirtschaft sich bemüht, auf dieser Stufe mit der Entwicklung Schritt zu halten und auf entstehende Ungleichgewichte rasch zu reagieren. Die Schaffung eines Abendtechnikums in Grenchen ist ein weiteres Symptom dafür.

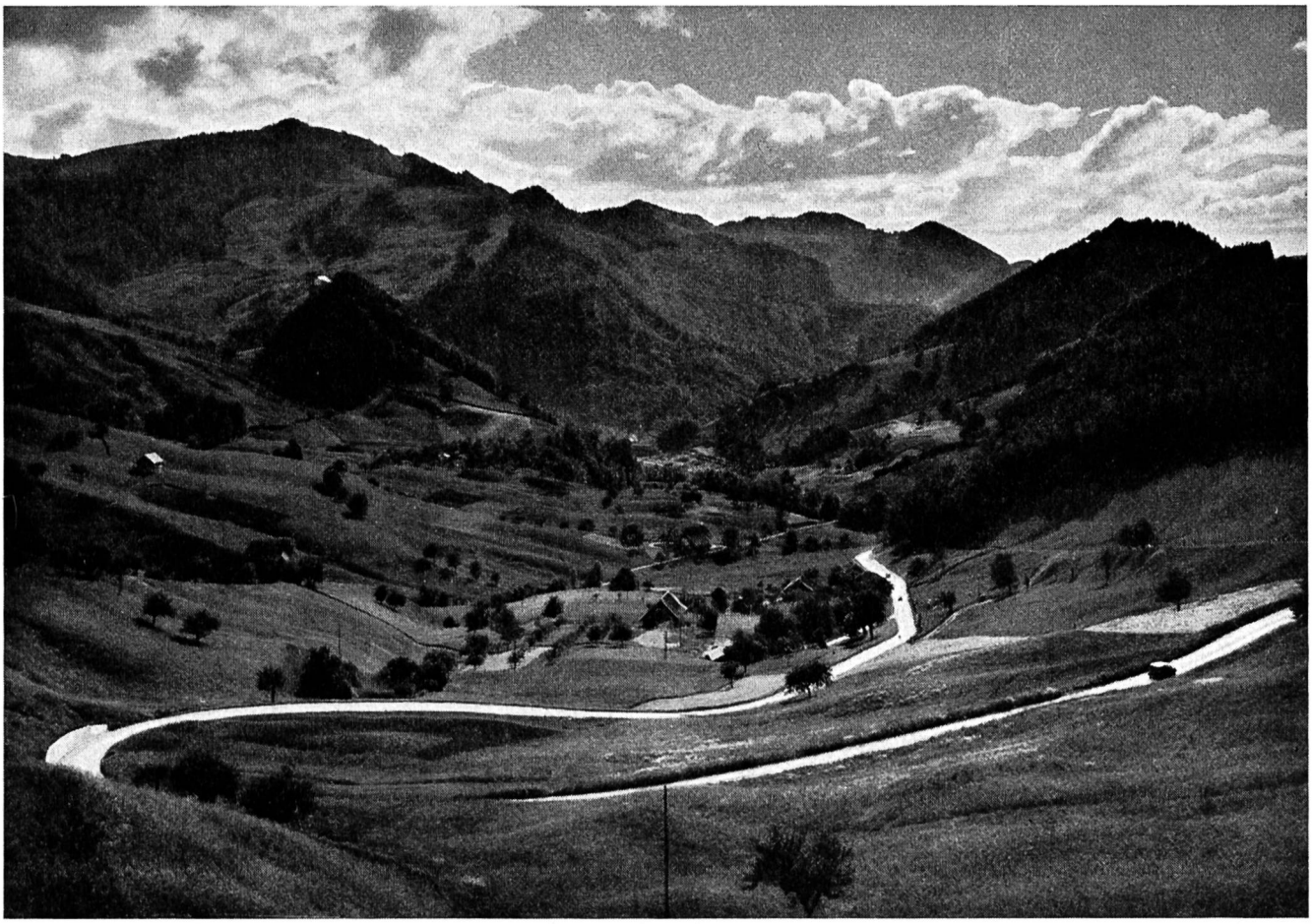
Die Aufgaben des Staates ergeben sich in diesem Prozess fast von selber. Er muss neben der Berufsberatung und der Aufklärung vor allem in den Berufsschulen anpassungsfähig bleiben.

### c) Die Hochschulen

Nun fehlen unserem Lande aber vor allem auch die Hochschulabsolventen sowohl in der technischen und naturwissenschaftlichen, wie in der geisteswissenschaftlichen Richtung. Ohne ihre zunehmende Zahl treibt die moderne Wirtschaft gefährlichen Grenzen zu und — was von noch grösserer Bedeutung ist — die Forschung ist nicht möglich. Neben den finanziellen Möglichkeiten scheitert sie auch an der ungenügenden Zahl der dafür ausgebildeten Menschen.

Der Kanton Solothurn hat keine eigene Hochschule und er wird die Zahl dieser Institute in unserem Lande auch kaum vermehren können. Es war wegen unserer komplizierten, geographischen Struktur nicht einmal möglich, den Standort für ein eigenes Technikum zu finden, das zu einem Einzugsgebiet für den ganzen Kanton geworden wäre. Für eine Hochschule wären die Schwierigkeiten, von den finanziellen ganz abgesehen, noch grösser.

Der Ausbau unserer schweizerischen Hochschulen wird nun durch den Bund finanziell gefördert, und wenn je einmal auch die Kantone ohne eigene Hochschulen zur Finanzierung dieser notwendigen, gewaltigen Aufgabe finanziell zum Handkuss kommen sollten, werden wir uns da kaum in unsere leere Staatskasse verkriechen und warten können, bis der Kelch an uns vorübergeht. Mit dem Stipendiengesetz allein ist es da sicher noch nicht getan.



Der Jura: Solothurns Erholungsgebiet (Ober-Beinwil)

### d) Die Kantonsschulen

Wer an die Hochschule will, muss aber eine Maturitätsprüfung bestanden haben. Die Vorbildung dazu muss er sich an unsern Kantonsschulen holen. So müssen wir uns fragen, ob wir wenigstens hier unser Soll erfüllen.

Die Zahl der Kantonsschüler ist seit dem Jahre 1900 von 358 auf 1309 im Jahre 1964 auf das mehr als Vierfache angestiegen. Die Zahl der Seminaristen ist in der gleichen Zeit von 73 auf 350 sogar fünf Mal grösser geworden. Das Bild wird aber sofort ein anderes, wenn man diese Zahlen mit der Entwicklung der Bevölkerung in Beziehung setzt. 1900 besuchten von 1000 Einwohnern 3 die Kantonsschule. 1964 waren es mit 6 nur doppelt soviel. Gemessen an dem, was nötig wäre, ist dieses Ergebnis natürlich völlig ungenügend. Bei den Maturanden ist es noch schlimmer. 1900 traf es auf 10 000 Einwohner 2,5 Anwärter auf ein Hochschulstudium. Heute sind es mit 4,5 nicht einmal doppelt soviel.

Ich glaube, dass sich unser Kanton mit diesen Tatsachen nicht zufrieden geben darf. Mit dem bevorstehenden Neubau einer zweiten vollen Kantonsschule in Olten dürfte ein erster Schritt gemacht werden. Es wird sich recht bald zeigen, ob er genügt. Jedenfalls haben wir allen Grund, an der Gründung einer weitern Mittelschule in Laufen grosses Interesse zu zeigen, um möglichst vielen Begabten aus dem Schwarzbubenland hier eine Bildungsmöglichkeit an der Mittelschule in der Nähe ihres Wohnortes zu verschaffen. Wir können nicht genug darin tun, jedem Befähigten die ihm angemessene Bildung zu ermöglichen. Die entsprechende Förderung und Beratung auf den untern Schulstufen, auch die Stipendien, sind die Mittel dazu. *Aber wir wissen, dass es nicht mehr nur eine Geldfrage ist, ob ein Kind aus einfachen Verhältnissen höhere Schulen besucht. Es sind da auch Vorurteile zu überwinden und sie können nur durch die stete Aufklärung beseitigt werden.* Wichtig ist die Erkenntnis: Die moderne Wirtschaft braucht mehr und mehr in vollem Umfang gebildete Menschen. Und unser Kanton mit einer im allgemeinen doch sehr zeitaufgeschlossenen Bevölkerung kann sich nicht damit zufrieden geben, wenn die Zahl der Kantonsschüler und Maturanden nur gerade mit der Zunahme der Einwohnerzahl Schritt hält.

In einem Kanton ohne eigene Universität hat die Mittelschule über ihre unmittelbaren Aufgaben hinaus auch eine Mission im Dienste des Kantons zu erfüllen. Mit einigem Stolz liest man in ältern Büchern immer wieder davon, dass unsere Kantonsschule zu allen Zeiten auch die Hochschule solothurnischen Geistes war. In einem 1847 erschienenen Buch von Melchior Schuler über «Taten und Sitten der Eidgenossen» las ich von vielen solothurnischen Schulmännern, deren kulturelles Wirken auf den Kanton und über seine Grenzen hinaus ausstrahlte. Aber auch später und bis in die jüngere Zeit hinein, gab es Professoren an unserer Kantonsschule, die sich um das Kulturleben unseres Kantons verdient gemacht haben und sich bemühten, einen kantonalen Geist wachzuhalten, ihn zu erforschen und zu fördern.

Ich will die Frage nicht beantworten, wie weit unser grösser gewordene Lehrkörper an der Kantonsschule noch von dieser kantonalen Mission erfüllt ist. Aber ich möchte doch ausrufen, dass ihre Pflege mir zu keiner Zeit so notwendig erschien, wie in der heutigen, wo Begriffe wie Vermassung und Entwurzelung nicht einfach im Katalog der Schlagworte archiviert werden können.

Grosse Schulen laufen die Gefahr zu Konsumationsstätten des Schulwissens abzusinken. Aber die Lehrer und Professoren selber müssen den Weg suchen, weil sie in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger eine Mission zu erfüllen haben, die aus der Schulstube hinaus über die engere und weitere Heimat ausstrahlen sollte.

### e) Die Waldeggmission

Der Bürger sollte nicht nur fragen, was ihm der Staat zu geben habe. Er sollte mit Konrad Ferdinand Meyer auch gelegentlich fragen: «Was kann ich für die Heimat tun?»

Nun hat sich der Kanton Solothurn seiner Taten dem Bunde gegenüber keineswegs zu schämen. Im Bundeshaus gilt er als bundestreu. Wir pflegen ein gutes Verhältnis mit unsern Nachbarn, und unsere Geographie hat uns gelehrt, in manchen Fragen mit andern Ständen eng zusammen zu arbeiten. Das Finanz-Departement hat vor nicht langer Zeit dem Kantonsrat ein Inventar der Fragen und Probleme verteilt, in denen gemeinsame Lösungen mit Nachbarkantonen gesucht und gefunden wurden. Es ergab sich aus der Aufstellung ein recht stattlicher Katalog.

Aber wenn man sich die riesigen Summen ansieht, die unsere Hochschulkantone auf den Altar des Vaterlandes legen, kommt man sich doch gelegentlich etwas schäbig vor. Dieses Gefühl hat uns vor drei Jahren, als der Kanton durch die hochherzige Schenkung der Familie von Sury in den Besitz des Schlosses Waldegg kam, zum Gedanken geführt, hier etwas zu schaffen, das in den Dienst unseres ganzen Landes gestellt werden könnte. Wir möchten hier eine Brücke zwischen der deutschen und der welschen Schweiz zu schlagen versuchen und mithelfen, das gegenseitige Verständnis zu fördern. Wir glauben, dass der Kanton Solothurn, dessen Hauptstadt gelegentlich als eine «welsche Stadt deutscher Zunge» bezeichnet wird und der durch seine ganze Vergangenheit hindurch eine natürliche Mittlerstelle zwischen West- und Ostschweiz eingenommen hat und dem gegenüber in der Westschweiz auch in der Gegenwart nie Ressentiments laut geworden sind, für eine solche Mission bestens prädestiniert wäre. Und dass es ein Dienst am Lande wäre, hier Leute aus allen Kreisen zu Begegnungen zusammenzuführen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und — soweit solche bestehen — Gräben zuzuschütten, dürfte wohl niemand bestreiten. Die Waldegg soll eine Stätte der Auseinandersetzungen mit den menschlichen und geistigen Fragen der Gegenwart werden, «ein Zentrum der Begegnung mit dem künstlerischen und kulturellen Schaffen». Hier soll auch das Wesen der solothurnischen Volksgemeinschaft neu zu erkennen und die geistige Kraft des Einzelnen für das Ganze fruchtbar zu machen versucht werden.

Das im Wurf liegende solothurnische Kulturgesetz soll die rechtliche Grundlage für die Erfüllung dieser Mission schaffen. Ich zweifle nicht daran, dass in unserem Kanton der alte Solothurnergeist noch wach genug ist und dass unser Volk die finanziellen Opfer, die dieses Werk erfordert, im Interesse des Landes, dem es dienen will, tragen wird.

Ich habe am Schluss meiner Ausführungen noch auf eine letzte Frage zu antworten, die eigentlich an den Anfang des Vortrages gehört hätte. *Hat ein Kanton, hat der Föderalismus in unserem Lande überhaupt eine Zukunft?*

Die Ratio scheint hier nein zu sagen und die Häufung der vor uns liegenden Aufgaben ruft auch eher nach einer Konzentration als nach der Erhaltung eines im letzten Jahrhundert geschaffenen Staatenbundes.

Dazu ist unser Land ein Gliedstaat Europas, das im Begriffe steht, sich über die bereits bestehenden, mannigfaltigen Verflechtungen hinaus, wirtschaftlich zu integrieren. Wir sind Mitglied der EFTA, deren erklärtes Ziel es ist, einen Brückenschlag zur EWG herzustellen. Eines Tages, so hoffe ich, wird unser Land auch der UNO angehören.

Aber das alles wird nichts daran ändern, dass diese zukünftigen Vereinigten Staaten von Europa demokratisch regiert werden müssen. Es wird, wie es General de Gaulle fordert, ein «Europe des patries» sein. Denn auch dieses Europa wird von Menschen bewohnt werden, die nach einem glücklichen Leben streben. Und zu diesem Glück gehört ein Heimatgefühl, das sich auf einen überblickbaren Raum bezieht, zu dem auch eine wirkliche Verbundenheit bestehen kann.

Für den Föderalismus werden neue Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen. Aber als Staatsmaxime können wir ihn so wenig aufgeben, wie ihn das 180 Mio Volk der USA aufgeben konnte und selbst das zentralistisch regierte Sowjetreich musste — aus ähnlichen Gründen wie wir — zu allen Zeiten seinen Gliedstaaten auf manchen Gebieten eine weitgehende Selbständigkeit überlassen.

Die Harfe «Eidgenossenschaft» hat viele Saiten. Wir wollen uns immer bewusst bleiben, dass nur *alle zusammen* den vollen Akkord zum Tönen bringen. Aber es muss dabei auch jede einzelne Saite stimmen. Und der Kanton Solothurn ist eine dieser Saiten und nicht einmal die unbedeutendste, die nur klingen muss, wenn sieben Kreuze vor der komplizierte Partitur stehen.

Ich glaube an die Lebensfähigkeit unseres föderalistischen Staatsaufbaues. Unsere nicht nur nach Sprachen, sondern auch nach Konfessionen, Lebensauffassung und Temperament so verschiedene Bevölkerung bedarf einer weitgespannten politischen und kulturellen Selbständigkeit. Nur so kann sich eine schöpferische Initiative entfalten und diese autonomen Initiativen und Leistungen kommen dem Ganzen zu gute. Zentralistisch regiert, würde der Bund der Eidgenossen in einen Kleinstaat voller ständiger innerer Spannungen zurückfallen, dem es schwer fallen würde, seinen Platz in der Welt zu behaupten.